

IN ZUKUNFT NUR GEMEINSAM! Unsere Vision von einem geeinten Europa

Vor 60 Jahren begann mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge¹ die europäische Einigung als erfolgreichstes Friedensprojekt der Geschichte. Ausgehend von den Erlebnissen der beiden Weltkriege im vergangenen Jahrhundert hat die europäische Integration seitdem maßgeblich zum gegenseitigen Verständnis und zum Zusammenwachsen der europäischen Völker beigetragen. Die kontinuierlich weiter ausgebauten Zusammenarbeit in der Europäischen Union ist Garant für den Frieden zwischen ihren Mitgliedsstaaten.

Die Vertiefung der Kooperation innerhalb Europas hat viele Erleichterungen und Vorzüge gebracht, die heute aus dem alltäglichen Leben seiner BürgerInnen, insbesondere der jungen Menschen, nicht mehr wegzudenken sind. Auch wenn die Europäische Union ursprünglich als wirtschaftspolitischer Zusammenschluss gegründet wurde, ist sie heute viel mehr: Junge Menschen wachsen schon im Wohnumfeld, im Kindergarten, in der Schule sowie in Ausbildung, Studium und Beruf mit kulturell unterschiedlich geprägten Gleichaltrigen auf. Sie reisen grenzenlos in die anderen Länder der Europäischen Union und nutzen den Euro selbstverständlich als Zahlungsmittel. Dabei haben besonders Jugendliche seit vielen Jahrzehnten weiterführende Ideen von Europa entwickelt, da sich in der Lebenswirklichkeit junger Menschen ein rein wirtschaftlicher Zusammenhang nicht erschließt. Sie streben nach inhaltlichem und freundschaftlichem Austausch und partnerschaftlicher Zusammenarbeit.²

Heute steckt die Europäische Union allerdings in einer großen Krise: Mit dem Vereinigten Königreich hat zum ersten Mal seit Bestehen der EU ein Mitgliedsstaat beschlossen, aus der Union auszutreten. Interessensunterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten treten in vielen Politikfeldern immer wieder zutage und die nationalen Regierungen, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament arbeiten oft mehr gegen- als miteinander. Wir stellen besorgt fest, dass es in einigen Mitgliedsstaaten zur Aussetzung rechtsstaatlicher Prinzipien oder zu Eingriffen in die Gewaltenteilung kommt. Grenzen werden geschlossen, populistische und nationalistische Kräfte sind in ganz Europa erstarkt, organisieren sich gemeinschaftlich im Europäischen Parlament und darüber hinaus und greifen in einigen EU-Ländern sogar nach der Macht. Längst steht nicht mehr nur die Frage im Raum, wie die Europäische Union weiterentwickelt werden kann, sondern auch eine partielle Rückabwicklung ist denkbar geworden.

Immerhin schaffen es Jugendliche dabei, solidarisch miteinander umzugehen, indem sich junge Menschen mit den unterschiedlichen Kulturen Europas und ihren historischen Besonderheiten auseinandersetzen und Verständnis füreinander entwickeln.³ Auch wenn der Einigungsprozess mit vielen Herausforderungen verbunden ist, ein Ausgleich der Interessensunterschiede in Europa kräftezehrend ist und immer wieder um Kompromisse gerungen werden muss, glauben wir als Katholische Landjugendbewegung weiterhin fest an die europäische Idee. Wir als junge ChristInnen machen uns auf Grundlage des christlichen Menschenbildes und der Katholischen Soziallehre für ein vielfältiges, freies und solidarisches Europa stark. Wir treten ein für

¹ Am 25. März 1957 gründeten die Staats- und Regierungschefs Belgiens, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft und legten darüber hinaus fest, dass diese gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine gemeinsame parlamentarische Versammlung, einen Rechnungshof und einen Wirtschafts- und Sozialausschuss bekommen sollten.

² In der KLJB geschieht dies beispielsweise über das Engagement junger Menschen im Dachverband der MIJARC Europa oder beim geplanten Gemeinsamen Landjugendtreffen mit der französischen Landjugend MRJC (Mouvement Rural de Jeunesse Chrétienne), das beide Verbände im Jahr 2018 gemeinschaftlich veranstalten werden.

³ Beispielsweise im Rahmen des von der Europäischen Union geförderten Programms Erasmus+, über das jährlich mehr jungen Menschen ein Austausch zwischen den Regionen und Kulturen Europas ermöglicht wird (<http://de.statisticsforall.eu/maps-erasmus-students.php>).

Nächstenliebe und Solidarität mit den Benachteiligten, Ausgegrenzten und Diskriminierten in unserer Gesellschaft. Wir als Teil der europäischen Jugend wollen Europa gestalten – wir lassen uns die europäische Idee nicht von NationalistInnen, PopulistInnen und den Ewiggestrigen kaputt machen.

Als junge europäische BürgerInnen sind wir davon überzeugt, dass nur die Fortsetzung des Integrationsprozesses eines friedlichen und demokratischen Europas zu einer gesicherten Zukunft für uns und die nachfolgenden Generationen beitragen wird. Darum wollen wir die Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses bewahren und ausbauen. Die KLJB hat deswegen Visionen und Forderungen aus Sicht der Jugend für Europa formuliert und möchte so ihren Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Union leisten, damit diese auch in Zukunft die Einheit der europäischen Völker in ihrer Vielfalt gestalten kann.

WIR WOLLEN EIN OFFENES EUROPA!

Wir stellen fest:

Viele Menschen innerhalb der Europäischen Union nutzen heute die Möglichkeiten der Freizügigkeit⁴ in Europa: Sie verreisen ohne Grenzkontrollen, verbringen einen Teil ihrer Schulzeit oder ihres Studiums in anderen europäischen Ländern, machen dort eine Ausbildung und können ihren Arbeitsplatz in jedem EU-Mitgliedsstaat frei wählen. Die heute aufwachsenden Kinder und Jugendlichen bilden die erste Generation, die ohne Grenzkontrollen und Zollschränken aufgewachsen sind. Die Freizügigkeit ermöglicht grenzüberschreitende Beziehungen und trägt dazu bei, uns zu weltoffeneren BürgerInnen zu machen und Frieden zu stiften. Sie eröffnet Zukunftsperspektiven und kann helfen, den Wunsch nach einem besseren Leben zu verwirklichen. Für die meisten EU-BürgerInnen, insbesondere für viele junge Menschen, sind Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union heute unvorstellbar.

Dennoch ist die Freizügigkeit innerhalb Europas heute längst nicht mehr so selbstverständlich wie noch vor wenigen Jahren: Das Schengener Abkommen ist derzeit teilweise ausgesetzt und Einreisekontrollen zwischen Österreich und Deutschland, Frankreich und Belgien oder Dänemark und Schweden sind wieder an der Tagesordnung.⁵ Unterdessen werden die Rufe nach Wiedereinführung von dauerhaften Grenzkontrollen lauter, populistische Parteien in vielen Mitgliedsstaaten propagieren die Rückkehr zu einer Abschottungspolitik als vermeintlich einzige Lösung vieler aktueller Probleme. Die Freizügigkeit wird, obwohl sie für uns eine der wesentlichen Errungenschaften europäischer Integration ist, von manchen als Bedrohung wahrgenommen und mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus beantwortet.

Doch nicht nur an den Landesgrenzen zwischen den Mitgliedsstaaten kommt es derzeit zu einer Renaissance der Abschottung, sondern auch die europäische Asyl-, Migrations- und Flüchtlingspolitik ist heute mehr als je zuvor auf Abwehr ausgerichtet. Die Abschottung der Außengrenzen und die immer noch fehlende Möglichkeit, ohne Risiken für Leib und Leben Asyl in der EU zu beantragen, zwingt Geflüchtete weiterhin zu lebensgefährlichen Fluchtrouten wie über den Balkan oder das Mittelmeer. Der Status Quo fördert den gefährlichen, oft tödlichen Menschenschmuggel und steht diametral den Grundwerten der Europäischen Union entgegen: Menschen überlassen sich freiwillig SchlepperInnen, zahlen horrenden Beträge und setzen aus Verzweiflung ihr Leben aufs Spiel, da eine Rückkehr in ihre Heimatländer durch Krieg, Verfolgung oder gesellschaftliche Ausgrenzung oft unmöglich ist. Insbesondere Kinder und

⁴ Freizügigkeit ist das Recht einer Person zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes in jedem Mitgliedsstaat der Europäischen Union (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=457&langId=de>).

⁵ Seit dem 12. November 2015 gibt es im Zusammenhang mit der Aufnahme von Geflüchteten wieder (stichprobenartige) Grenzkontrollen bei der Einreise nach Österreich, an den Grenzübergängen von Österreich nach Deutschland, von Deutschland nach Dänemark und von Dänemark nach Schweden sowie bei der Einreise nach Frankreich infolge der Terroranschläge vom 13. November 2015.

Jugendliche sind auf der Flucht oft die schwächsten Glieder. Dazu kommt, dass durch das Dublin-Verfahren die südlichen EU-Staaten seit Jahren überproportional belastet werden, anstatt eine solidarische und faire Verteilung Geflüchteter zu ermöglichen.⁶

Wir bewerten das so:

Die Freizügigkeit in Europa ist eine der zentralen Errungenschaften der Europäischen Union und darf nicht durch kurzfristige oder kurzfristige Maßnahmen einzelner Mitgliedsstaaten eingeschränkt werden. Stattdessen sollte der Schengener Besitzstand⁷ auf alle EU-Mitglieder erweitert werden.

Während sich einige Teile der Welt derzeit wieder gegenüber anderen durch rein eigennützige protektionistische Maßnahmen, Einreiseverbote und physische Barrieren abschotten, möchten wir ein ganz klares Gegengewicht setzen. Freier Grenzverkehr ist und bleibt für uns notwendige Voraussetzung für einen intensiven Austausch zwischen den Völkern Europas. Wir als Katholische Landjugendbewegung wollen in Europa keine Abschottungspolitik, keine neuen Grenzkontrollen und sicherlich keine Zäune und Mauern.

Die Sicherung der Außengrenzen der Europäischen Union, die eine geregelte Zuwanderung nach Europa gewährleisten sollen, darf nicht dazu führen, dass Menschen, die wegen Krieg, Terror, dem Klimawandel oder anderer Fluchtursachen nach Europa kommen, dadurch ihr Menschenrecht auf Asyl verwehrt wird. Wer von Europa Hilfe benötigt, muss auch Hilfe bekommen!

Dabei sprechen wir uns klar für die Abschaffung des bisherigen Dublin-Systems⁸ aus – stattdessen brauchen wir endlich eine gemeinsame und einheitliche Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union, die die Situation des Einzelnen in den Blick nimmt, Geflüchtete fair über alle Mitgliedsstaaten verteilt und in der die Mitgliedsstaaten miteinander Verantwortung für die Geflüchteten übernehmen und gemeinsam für die Kosten aufkommen. Die Mitgliedsstaaten sind gleichermaßen in der Pflicht, Geflüchtete ohne Kategorisierung nach Herkunft oder Religion Schutz zu gewähren. Stattdessen müssen individuelle Faktoren wie die Familienzusammenführung oder Sprachkenntnisse Berücksichtigung finden.

Auch wenn die Balkanroute mittlerweile nahezu geschlossen ist und durch fragwürdige Abkommen – wie dem zwischen der EU und der Türkei – die Anzahl der Geflüchteten, die nach Europa kommen, merklich verringert wurde, hat sich dadurch – angesichts des weiterhin tobenden syrischen Bürgerkriegs und anderer Konflikte in der Welt – die Anzahl der hilfebedürftigen Menschen nicht verringert. Weiterhin nehmen Menschen ein enormes Risiko auf sich, um vor Krieg und Terror zu fliehen. Wir als junge EuropäerInnen wollen keine „Festung Europa“, sondern ein offenes und tolerantes Europa, für das die Aufnahme von flüchtenden Menschen selbstverständlich ist. Die Europäische Union muss Geflüchteten geregelte und sichere Passagen nach Europa ermöglichen sowie Fluchtursachen in den Heimatländern der Flüchtenden bekämpfen. Ein solidarischer Neuanfang in der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik ist unabdingbar!

Wir fordern deswegen:

- die Freizügigkeit als hohes Gut in der Europäischen Union anzuerkennen, zu gewähren und zu erhalten,
- die Abschaffung aller momentan bestehenden Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union,

⁶ Vgl. Beschluss „Willkommen in Deutschland. Unsere Verantwortung für Asylsuchende“ der KLJB-Bundesversammlung 2015.

⁷ Als Schengener Besitzstand gelten die im Schengener Abkommen geregelten Vereinbarungen zur Abschaffung stationärer Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten. Derzeit beteiligen sich daran 22 EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

⁸ Nach dem Dublin-System ist dasjenige Land für das Asylverfahren von Geflüchteten zuständig, in dem der oder die Geflüchtete erstmalig die Europäische Union erreicht hat.

- die Ausweitung des Schengener Besitzstandes auf alle Mitgliedsstaaten der Europäischen Union
- einen solidarischen Neuanfang und eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik, bei der die Dublin-Regelungen abgeschafft und durch ein gemeinsames und einheitliches sowie faires und transparentes Asylverfahren mit festen Aufnahmequoten und einem solidarischen Ausgleich innerhalb der Europäischen Union ersetzt werden⁹,
- Geflüchteten eine sichere und legale Einreise in die EU (z.B. durch „Humanitäre Visa“ oder „Resettlement“-Programme) zu ermöglichen, ihnen einen fairen Zugang zum Asylsystem der Europäischen Union zu gewährleisten und die Praxis der illegalen Zurückweisung¹⁰ zu beenden, da auf diese Weise Geflüchtete kriminalisiert und in die Hände von Schlepperbanden getrieben werden und durch die Flucht in Lebensgefahr gebracht werden sowie
- rechtliche und praktikable Möglichkeiten zu schaffen, damit Geflüchtete auch in den Herkunfts- und Transitländern Asylanträge für die EU stellen können.

WIR WOLLEN EIN DEMOKRATISCHES EUROPA!

Wir stellen fest:

Viele EU-BürgerInnen verspüren heute ein Gefühl der Einflusslosigkeit und Ohnmacht, wenn sie an die Europäische Union denken. Durch die Stimmabgabe bei den Europawahlen besteht für die Menschen in den Mitgliedsstaaten der EU zwar eine Möglichkeit zur Partizipation, die Macht des Europäischen Parlaments ist allerdings weiterhin stark eingeschränkt. Dies liegt vor allem daran, dass das System der EU-Institutionen nicht mit unseren Vorstellungen von Demokratie übereinstimmt. So werden wichtige Entscheidungen zumeist in den Hinterzimmern des Europäischen Rates zwischen den Staats- und Regierungschefinnen und -chefs ausgehandelt und das Europäische Parlament wie die nationalen Parlamente vor vollendete Tatsachen gestellt.

Ein weiteres Beispiel für das Demokratiedefizit in der Europäischen Union ist das derzeit alleinige Initiativrecht der Europäischen Kommission im EU-Gesetzgebungsverfahren, wodurch nur sie, nicht aber die Mitglieder des Europäischen Parlaments Entwürfe für Verordnungen und Richtlinien der Europäischen Union einbringen können.

Eine Ursache für die ablehnende Haltung vieler BürgerInnen zur Europäischen Union ist, dass die Zivilgesellschaft bei der Entwicklung der Europäischen Union bisher kaum ein Mitspracherecht hatte. Die Verträge von Maastricht, Amsterdam oder Nizza wurden ohne Mitwirkung der Bevölkerung eingesetzt, der EU-Verfassungsvertrag wurde abgelehnt. Seit dem Vertrag von Lissabon steht mit der Möglichkeit zur Einberufung eines EU-Konvents¹¹ jedoch ein Instrument zur Beteiligung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen zur Verfügung.

Wir bewerten das so:

Die Europäische Union mit derzeit 28 Mitgliedsstaaten und ihren sieben Organen ist aufgrund einer komplexen Zuständigkeits- und Kompetenzaufteilung für viele BürgerInnen nur schwer zu durchschauen. Entscheidungsprozesse sind oftmals nicht transparent genug und deswegen nicht nachvollziehbar. Es entspricht nicht unserer Vorstellung von Demokratie, wenn Beschlüsse hinter verschlossenen Türen ohne Beteiligung der gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments

⁹ Dies könnte durch einen proportionalen Schlüssel erfolgen, der sich an der Wirtschaftskraft und der Einwohnerzahl eines Landes orientiert, nach dem dann den einzelnen Mitgliedsstaaten Flüchtlingskontingente zugewiesen werden (Vgl. Beschluss „Willkommen in Deutschland – Unsere Verantwortung für Asylsuchende“ der KLJB-Bundesversammlung 2015).

¹⁰ Die Praxis der illegalen Zurückweisung

¹¹ Das Konventsverfahren nach Artikel 48 des EU-Vertrages garantiert die Beteiligung der VolksvertreterInnen aus dem EU-Parlament und den nationalen Parlamenten und verhindert, dass die Exekutive weiterhin unverhältnismäßig gestärkt wird. Vor und während des Konventes kann die organisierte Zivilgesellschaft, beispielsweise durch Vorkonvente, einbezogen werden (<https://dejure.org/gesetze/EU/48.html>).

gefasst werden. Die Abgeordneten müssen die Möglichkeit erhalten, selbst Gesetze auf den Weg zu bringen. Deswegen muss das Verhältnis zwischen den verschiedenen Institutionen neu festgelegt und die Kompetenzen der EU-Organe im Sinne einer demokratischeren EU verschoben werden, um so auch die Akzeptanz der EU im Gesamten bei den EU-BürgerInnen wieder zu erhöhen. Insbesondere ist die parlamentarische Kontrolle innerhalb der EU nach wie vor unzureichend, da sich die EU-BürgerInnen nur durch ein starkes Parlament als demokratisch gewählte Vertretung ausreichend repräsentiert fühlen. Der Rahmen der bisherigen EU-Verträge bietet für die nötigen tiefgreifenden Veränderungen nur begrenzte Möglichkeiten. Darum sprechen wir uns dafür aus, das Vertragswerk der Europäischen Union weiterzuentwickeln und die Demokratiedefizite zu beseitigen.

Durch den Brexit wurde deutlich, dass viele, die für den Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union gestimmt haben, ihre Stimme gerade deswegen genutzt haben, um die Politik auf europäischer Ebene direkt beeinflussen zu können – auch wenn dies das Ende ihres Landes in der EU bedeutete.¹² Es muss uns in Zukunft gelingen, den EU-BürgerInnen dauerhaft Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen, beispielsweise durch eine stärkere Nutzung bereits vorhandener Instrumente politischer Teilhabe wie der Europäischen Bürgerinitiative. Sie bietet als erstes transnationales Werkzeug direkter Demokratie eine große Chance für das europäische Projekt und muss zu einem echten direktdemokratischen Initiativverfahren ausgebaut werden.

Die politisch Verantwortlichen in ganz Europa sind außerdem in der Pflicht, ihre Entscheidungen zu erklären und öffentliche Diskussionen in den Parlamenten darüber zuzulassen. Wir brauchen, gerade in Hinblick auf die Weiterentwicklung der Europäischen Union, eine breite gesamteuropäische Debatte, aus der hervorgeht, was Europa für uns in Zukunft sein soll und wie wir es uns vorstellen. Nur wenn die BürgerInnen mitgenommen werden, kann die weitere europäische Integration gelingen und nur dann wird sie von der Mehrheit der EU-BürgerInnen getragen.

Wir fordern deswegen:

- eine klare Zuständigkeits- und Kompetenzaufteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip zwischen der europäischen und den nationalen Ebenen über alle Politikfelder hinweg,
- die Zubilligung eines Initiativrechts für das Europäische Parlament im EU-Gesetzgebungsverfahren und gleichzeitig eine Neudefinition der Kompetenzen der EU-Kommission als exekutives Organ der EU, die nicht nur Hüterin der europäischen Verträge, sondern als europäische Regierung auch Gestalterin des politischen Prozesses in der EU sein sollte,
- die Ausweitung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens und die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit auf alle EU-Politikfelder,
- eine Veränderung des Verfahrens für die Wahlen zum Europäischen Parlament, nach dem die Sitze im EU-Parlament nicht mehr nach dem nationalen Proporz der Mitgliedsstaaten, sondern nach dem gesamteuropäischen Wahlergebnis echter europäischer Parteien nach einem gemeinsamen und einheitlichen Wahlrecht vergeben werden, wobei die Stimme jedeR EU-BürgerIn das gleiche Gewicht haben muss¹³,
- die Interessensvertretung aller Regionen innerhalb der EU zu berücksichtigen¹⁴,

¹² http://www.focus.de/politik/ausland/zitate-von-briten-die-spaete-reue-der-brexite-waehler-immer-mehr-fordern-neues-referendum_id_5700173.html

¹³ Europäische Parteien, die mit den nationalen Parteien vergleichbar sind, sind bisher nur im Ansatz vorhanden, da es sich eher um Zusammenschlüsse von nationalen Parteien in einer Art Dachorganisation handelt. Das im Artikel 10 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) genannte Ziel, dass europäische Parteien zur „Herausbildung eines europäischen politischen Bewusstseins und zum Ausdruck des Willens der Bürgerinnen und Bürger der Union beitragen“ sollen, erfüllen sie ohne gemeinsame Parteiprogramme, ohne gemeinsame Wahlkämpfe und ohne gemeinsame SpitzenkandidatInnen bisher nicht (<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/42224/europaeisierung>).

¹⁴ Das könnte erreicht werden, indem das Verhältnis zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat insofern neu geregelt würde, dass das Europäische Parlament als erste Parlamentskammer fungiert, während der Europäische Rat als zweite Parlamentskammer die Interessen der Mitgliedsstaaten einbringt – in ähnlicher Weise, wie derzeit in Deutschland Bundestag und Bundesrat zusammenarbeiten.

- eine Veränderung im Machtgefüge der Europäischen Institutionen, um die Kompetenzen des Europäischen Parlaments als demokratisch legitimer Vertretung der EU-BürgerInnen gegenüber dem Europäischen Rat aufzuwerten, sodass künftig das EU-Parlament die erste und der Europäische Rat die zweite Kammer einer europäischen Legislative bilden,
- die Einbindung des Europäischen Rates – und damit der nationalen Regierungen – nur noch in Entscheidungsprozesse, in welche diese nach dem Subsidiaritätsprinzip notwendig ist,
- mehr Transparenz der EU-Institutionen und bei Entscheidungsprozessen auf europäischer Ebene,
- die Einberufung eines Europäischen Konvents¹⁵ unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zur Weiterentwicklung der EU-Verträge, um die europäische Integration im Sinne der Zivilgesellschaft zu vertiefen,
- die Einführung eines gesamteuropäischen Referendums, um künftig europaweit über die EU-BürgerInnen betreffende Sachverhalte (wie die Neuordnung der EU-Verträge) abstimmen zu können,
- die Stärkung und Förderung der Europäischen Bürgerinitiative, um gerade jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Zukunft politisch selbst mitzugestalten, sowie den Umbau derselben zu einem echten Instrument direkter Demokratie im Initiativverfahren des Europäischen Parlaments,
- die kontinuierliche Weiterentwicklung des Staatenverbunds der Europäischen Union hin zu einem föderalen Bundesstaat, der für eine gemeinsame, soziale und subsidiäre Politik steht,
- die konsequente Durchführung von Rechtsstaatsverfahren der Europäischen Union gegen Mitgliedsstaaten, in denen die Wahrung des Rechtsstaatsprinzips fraglich ist sowie
- die Einführung einer europäischen Verfassung, in der die gesellschaftlichen Grundsätze, auf denen die Europäische Union aufbaut, in klarer und einfacher Sprache festgehalten werden.

WIR WOLLEN EIN GERECHTES EUROPA!

Wir stellen fest:

Soziale Ungerechtigkeiten innerhalb der Europäischen Union sind in den vergangenen Jahren deutlich sichtbar geworden. Mitgliedsstaaten, die von der Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise am stärksten betroffen waren, sind in eine erhebliche Schieflage geraten. Sie kämpfen noch heute unter den Folgen der Krise und der Erfüllung der auferlegten Sparauflagen. Löhne sind dort unter die Armutsgrenze gesunken und von einer sozialen Spaltung der Gesellschaft sind insbesondere junge Menschen betroffen.¹⁶ Die Jugendarbeitslosigkeit ist dort mit Quoten von über 40 % sehr hoch.¹⁷ Sogar bei guter Ausbildung sind junge Menschen häufig die am schlechtesten abgesicherten TeilnehmerInnen am Arbeitsmarkt. Gerade die junge Generation in den ländlichen Regionen leidet unter der Sparpolitik in den betroffenen Ländern.

Das durch die verschiedenen Krisen noch verstärkte Freiheits- und Wohlstandsgefälle innerhalb der Europäischen Union ist auch Auslöser von Wanderungsbewegungen. Menschen, die aufgrund der Freizügigkeitsregelungen aus ärmeren in wohlhabendere Regionen abwandern, werden allerdings bewusst zurückgewiesen und ausgegrenzt, was nicht den Werten der

¹⁵ Siehe Fußnote 10.

¹⁶ Insbesondere Minderjährige sind nach Angaben der EU-Kommission von Armut bedroht – betroffen waren demnach 2015 rund 25 Millionen Kinder und Jugendliche und bekommen im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen am stärksten die Auswirkungen zu spüren. (<http://www.handelsblatt.com/politik/international/eurostat-zahlen-fast-jeder-vierte-eu-buerger-ist-von-armut-bedroht/14699826.html>)

¹⁷ Im Jahr 2016 lag die Jugendarbeitslosigkeit für Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren in Griechenland bei 44,2%, in Spanien bei 42,9% und in Italien bei 40,1%, während der EU-Durchschnitt bei 18,6% lag. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa/>)

europäischen Gemeinschaft entspricht. Die Freizügigkeit wird von manchen als Bedrohung wahrgenommen und am Ende mit Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus beantwortet.

Gleichzeitig kann man feststellen, dass den Ursachen der Krise, die Europa vor enorme Herausforderungen gestellt hat, bisher noch nicht ausreichend entgegen gewirkt wurde, um eine neuerliche Krise zu vermeiden. Die versprochene Finanztransaktionssteuer scheiterte beispielsweise bisher an Meinungsverschiedenheiten der Mitgliedsstaaten.

Auch wenn es heute in der Europäischen Union einen gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarkt gibt, sind staatliche Sozialleistungen traditionell unterschiedlich geregelt und es gibt keine einheitlichen Standards für Kranken-, Renten- oder Arbeitslosenversicherungen. Eine Chancengleichheit für alle, die in Europa leben, ist deswegen nur schwer zu realisieren. Die Europäische Union wird derzeit zwar als Wirtschafts-, aber noch nicht als Sozialunion gedacht.

Wir bewerten das so:

Die immer noch anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa ist das Ergebnis einer einseitigen Politik, die zwar auf freien Handel und freie Kapitalflüsse setzt, die es aber versäumt hat, angemessene Regularien hierfür zu schaffen oder sich frühzeitig über Verschuldungsprobleme Gedanken zu machen. Diese Politik und die daraus resultierenden Probleme führen zu Vertrauensverlusten der EU-BürgerInnen in die europäischen Institutionen.

Die Europäische Union muss deswegen sozialer und gerechter werden. Wir brauchen eine Debatte darüber, wie der stark wirtschaftliche und finanzpolitische Fokus der EU hin zu einer sozialpolitischen Dimension verschoben werden kann. Wir brauchen einen guten Plan, die Lebensbedingungen in Europa gerecht zu gestalten, denn in Europa müssen die Menschen im Mittelpunkt stehen. Europäische BürgerInnenrechte müssen für alle Menschen in allen Regionen Europas gleichermaßen gelten und den Menschen, egal in welchem Land sie geboren werden oder aufwachsen, die gleichen Chancen ermöglichen. Dabei dürfen gesamteuropäische Gesetze die Vielfalt der Kulturen im europäischen Raum jedoch nicht einschränken. Die Europäische Union muss im Sinne einer solidarischen europäischen Verantwortung dafür sorgen, dass alle BürgerInnen gleichermaßen an den Errungenschaften der europäischen Einigung teilhaben können.

Europäische Grundrechte müssen durch entsprechende sozialpolitische Maßnahmen verwirklicht werden, denn ein gemeinsamer Wirtschafts- und Arbeitsmarkt beinhaltet auch eine gemeinsame soziale Verantwortung. Gerade in der Sozial- und Rentenpolitik muss es einheitliche Standards für die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung geben, um als EuropäerInnen zu einem neuen, solidarischen Miteinander finden zu können. Ein wirksames Zeichen können wir dafür setzen, indem aus der Fülle der nationalen Regelungen ein europaweites System entwickelt wird, das einen gesicherten Lebensstandard in allen Altersphasen und eine Angleichung der Lebensverhältnisse ermöglicht.

Dazu muss auch ein Finanzausgleich von der Europäischen Union zu einzelnen Regionen weitergedacht werden. Um einen funktionierenden Fiskalföderalismus zu gewährleisten, muss die Einführung europäischer Steuern – zum Beispiel auf Finanzprodukte oder eine europäische Mehrwertsteuer nach einer EU-weiten Harmonisierung – vorangebracht werden.

Auch die hohe und lang anhaltende Jugendarbeitslosigkeit muss in den Blick genommen werden: Sie hat nämlich nicht nur wirtschaftlich fatale Folgen, sondern ebnet den Weg für PopulistInnen als vermeintliche HeilsbringerInnen und trägt zu einem schwindenden Vertrauen der jungen Generation in die demokratischen Institutionen und nicht zuletzt in die europäische Idee bei. Auch deshalb muss man die durch die ökonomischen Krisen entstandene, erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten als gesamteuropäisches Problem ansehen und als

solches solidarisch lösen. Die konsequente Umsetzung der Jugendgarantie¹⁸ kann dabei durch Zusicherung eines passenden Ausbildungsplatzes, einer Arbeitsstelle oder eines Studienplatzes eine berufliche Perspektive bieten. Gerade die jungen Menschen in den von der Krise am schwersten getroffenen Ländern sollten jetzt von den Chancen eines vereinten Europa profitieren!

Wir fordern deswegen:

- eine sozialstaatliche Ausgestaltung Europas durch Schließung eines eigenständigen EU-Sozialvertrags, um der sozialen Dimension, die Europa gewinnen muss, Ausdruck zu verleihen und entsprechende Grundsätze eines Sozialstaates wie gemeinsame Sozialstandards auch übergreifend in der Europäischen Union zu verankern,
- eine europaweite Agenda mit gemeinsamen Anstrengungen der Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission zum Angleichen der Lebensverhältnisse in der gesamten EU, insbesondere dem Ausbau von Programmen gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit,
- eine EU-Haushaltspolitik, die sich an den realen Bedürfnissen und Notwendigkeiten der Regionen orientiert und eine gerechte Umverteilung und Angleichung zwischen wirtschaftlich schwachen und starken Regionen garantiert, beispielsweise durch Ausbau des LEADER-Förderprogramms und dessen Vereinfachung, das einen Ausgleich zwischen zentralen und peripheren Regionen zum Ziel hat und die Entwicklung der ländlichen Regionen unterstützt,
- eine faire finanzielle Unterstützung für alle Kommunen, die sowohl Zuwanderungs- als auch Abwanderungsprozesse berücksichtigt, um für alle BewohnerInnen gute Lebensbedingungen zu schaffen und dabei insbesondere die Aufnahme und Integration von zugewanderten Menschen sicherstellt,
- die Umsetzung und Ausweitung der Jugendgarantie in den europäischen Staaten für alle in der EU lebenden Menschen unter 30 Jahren, durch die sie einen rechtlichen Anspruch darauf bekommen sollen, innerhalb von zwei Monaten nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule, ihrer formalen Ausbildung oder des Studiums sowie beim Verlust ihres Arbeitsplatzes einen passenden Ausbildungsplatz, eine regulär bezahlte und passende Arbeitsstelle, weiterqualifizierende Bildungsangebote, oder einen Studienplatz angeboten zu bekommen¹⁹ und
- die Erhebung einer Steuer auf den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten, um kurzfristige Spekulationen zu erschweren und einer neuerlichen Bankenkrise vorzubeugen.

WIR WOLLEN EIN ERLEBBARES EUROPA!

Wir stellen fest:

Spätestens seit Ausbruch der Währungs- und Finanzkrise im Jahr 2009 scheint sich die Europäische Union und mit ihr ihre Mitgliedsstaaten dauerhaft im Krisenmodus zu befinden. Positive Nachrichten über die Errungenschaften des europäischen Einigungsprojekts fallen angesichts vieler Meldungen zu steigenden Schuldenstandsquoten der Mitgliedsstaaten und der vermeintlichen Labilität des Euro als gemeinsamer Währung, zu ungelösten Fragen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik, über die Uneinigkeit des Europäischen Rats in der Außen- und Sicherungspolitik oder zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU meist unter den

¹⁸ Die Jugendgarantie ist die Zusage aller EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, ein qualitativ hochwertiges Beschäftigungsangebot, Fortbildung, einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum erhalten (<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=1079&langId=de>).

¹⁹ Die Jugendgarantie besteht derzeit bereits (siehe Fußnote 16), allerdings soll der Zeitrahmen für den rechtlichen Anspruch, innerhalb dessen Jugendliche eine Arbeitsstelle, Bildungsangebote oder einen Studienplatz erhalten, von vier auf zwei Monate verkürzt werden.

Tisch. Stattdessen wird die EU von den Regierungen der Mitgliedsstaaten häufig zum Sündenbock gemacht, obwohl diese die Entscheidungen im Europäischen Rat selbst mitgetragen haben. Häufig lenken sie vom eigenen Versagen ab und verweisen auf das vermeintliche Versagen der EU. So bereiten die Regierungen der Mitgliedsstaaten den Nährboden für PopulistInnen, statt Menschen für die Ideen der Europäischen Union zu begeistern. Dazu kommt, dass die Berichterstattung über europapolitische Vorgänge fast ausschließlich aus nationalstaatlicher Sicht durch die nationalen Medien erfolgt und dabei eine europäische Perspektive fehlt.

Obwohl die Europäische Union für das Leben ihrer BürgerInnen eine wichtige Rolle spielt, sind auch die Möglichkeiten, Europa zu erleben, nicht besonders stark ausgeprägt: In der Schule wird oft nur theoretisches Wissen über die EU vermittelt und Möglichkeiten, um mit den anderen Kulturen und Völkern in Europa in Kontakt zu kommen, sind nur in geringem Maß vorhanden, werden derzeit wenig beworben oder stehen aufgrund finanzieller und sozialer Rahmenbedingungen nicht für alle jungen Menschen gleichermaßen zur Verfügung. Gerade für Jugendverbände ist der Zugang zu europäischen Förderprogrammen zur Finanzierung von europapolitischen Bildungsangeboten wie Studienfahrten zu den Institutionen schwer, da die Arbeitsweise von Jugendverbänden nicht mit den Förderrichtlinien kompatibel oder die Antragstellung zu aufwändig ist.

Wir bewerten das so:

In einer Zeit, in der PopulistInnen und NationalistInnen die Deutungshoheit über die europäische Idee für sich beanspruchen und in der viele Menschen in Europa die Europäische Union vor allem mit Krisen, Streitereien zwischen den Mitgliedsstaaten, einer überbordenden Bürokratie und Forderungen nach Austritt aus der Eurozone oder gleich der gesamten Europäischen Union in Verbindung bringen, reicht es nicht mehr, sich auf die Zugkraft des Gründungsimpulses der EU als europäisches Friedensprojekt zu verlassen. Stattdessen muss es heute mehr denn je gelingen, die positiven Errungenschaften der Europäischen Union herauszustellen, den EU-BürgerInnen die Relevanz der Politik auf europäischer Ebene für das eigene Leben näherzubringen und die Identifikationspotentiale mit der europäischen Idee zu stärken. Europäisch zu denken erfordert dabei auch, aus europäischer Sicht informiert zu werden. Daher muss aus unserer Sicht eine neue Form des Erklärens in Europa geschaffen und etabliert werden.

Das Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaft ist mehr als das Ringen um politische Entscheidungen. Es fehlt für die heutige junge Generation derzeit aber ein gemeinsames europäisches Projekt, wie es die Friedenssicherung nach dem Zweiten Weltkrieg und der wirtschaftliche Wiederaufbau, die Öffnung der innereuropäischen Grenzen oder die Einführung einer gemeinsamen Währung in früheren Jahren waren. Um das Wir-Gefühl innerhalb der Europäischen Union zu stärken, braucht es mehr Orte der Begegnung und Zusammenarbeit wie Fachkräfteaustausche, Jugendbegegnungen, Europäische Freiwilligendienste oder Jugendfestivals, die ein wichtiger Baustein zur europäischen Verständigung und der Entwicklung einer kollektiven europäischen Identität über die Nationalstaaten hinweg sind. Jugendverbände spielen hierbei, neben Auslandsaufenthalten im Rahmen der Schulzeit und des Studiums, eine zentrale Rolle. Beide Aktivitäten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wir fordern deswegen:

- die Förderung eines europäischen Bewusstseins in den Lehrplänen aller Schulformen zu verankern sowie eine praxisorientierte Vermittlung dieser Inhalte, beispielsweise in Form jährlicher Projektwochen rund um den Europatag,
- eine stärkere Förderung von außerschulischen Sprachprogrammen für Jugendliche,

- die Ausweitung der Förderung von Schulpartnerschaften sowie von schulischen und außerschulischen Fahrten in andere europäische Länder und insbesondere zu den europäischen Institutionen,
- eine stärkere Unterstützung von Fachkräfteaustauschen, Jugendbegegnungen, Europäischen Freiwilligendiensten oder Jugendfestivals²⁰,
- die Finanzierung eines kostenlosen Interrail-Tickets für alle europäischen Jugendlichen, um ihnen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und ihrem Bildungshintergrund zu ermöglichen, mit anderen europäischen Kulturen in Kontakt zu kommen und die europäische Idee mit Leben zu füllen sowie
- die Einrichtung einer europaweiten, multilingualen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt neben den bereits vorhandenen nationalen, die zur Schaffung einer europäischen Presse und Öffentlichkeit beiträgt.

²⁰ Die Förderung dieser Maßnahmen über das EU-Programm Erasmus+ muss durch einfachere Zugangsvoraussetzungen hinsichtlich der Fördermodalitäten sowie eine bessere finanzielle Mittelausstattung ausgeweitet werden.